
HEIDELBERG

Rhein-Neckar-Zeitung / Nr. 115

LESERBRIEFE

Antwort auf den Leserbrief vom 13. Mai

Falsch verteilt

Liebe Herren Heimpel und Schmidt-Rohr vom „Bündnis gegen Armut und Ausgrenzung“, es liegt mir fern, die Heidelberger Sozialverbände für ihre Arbeit zu rügen. Ich nehme auch gerne an dem Treffen am 10. November im Gemeinderat teil. Lassen Sie mich meine Aussagen im RNZ-Artikel vom 6. Mai, auf die Sie sich beziehen, präzisieren: Seit geraumer Zeit gibt es Aufrufe und Belehrungen zu mehr „Willkommenskultur“, die geradezu eine Pflicht sei, auch hier in Heidelberg. Baden-Württemberg wird mit aus dem Boden gestampften Asylunterkünften überzogen, die das Bevölkerungsgefüge ganzer Stadtteile (wie in Kirchheim) auf den Kopf stellen und zu Sammelbecken organisierter Kriminalität werden, gegen die die Sicherheitsbehörden wie jüngst hier in Nordbaden in Großbrazien ausrücken müssen, während die Sozialindustrie, darunter auch Gewerkschaften, Kirchen und andere gesellschaftliche Institutionen – die mit ihren eigenen Firmen und Gesellschaften selbst Großanbieter auf dem Markt sind, und allerlei private Profiteure (ganze Hotels werden

vermietet) – mit den scheinbar unendlich fließenden Steuermilliarden glänzende Geschäfte machen. Neben dem Staat sind die Caritas und das Rote Kreuz in Deutschland die größten Arbeitgeber.

Es gibt auch in den Parteien mächtige Flügel, deren Daseinsberechtigung mit der Bewältigung sozialer Probleme steht und fällt. Arbeitslosigkeit und Armut hierzulande bekämpft man nicht durch die unregelte massenhafte Zuwanderung von Armutsmigranten aus anderen Kontinenten. Ich würde lieber den 380 000 obdachlosen Menschen (davon 30 000 Kinder) in Deutschland ein Dach über dem Kopf anbieten, als teure Wohnungen für Wirtschaftsflüchtlinge in unseren Kommunen zu subventionieren.

Matthias Niebel, Stadtrat und Landtagskandidat (AfD)